

# Beweisstück TikTok-Video

Digitale Ermittlungen können dazu beitragen, Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Aufnahmen aus Gaza legen nahe, dass deutsche Rüstungsexporte nach Israel rechtswidrig sind. Während die gerichtliche Klärung andauert, sammeln NGOs weiter digitale Beweise.

Von Alina Pucko

Ein Mann steht unmittelbar vor der Kamera und Eschmunzelt. Er trägt eine Militäruniform, auf seiner linken Schulter ist ein Abzeichen des israelischen Militärs (IDF) aufgenäht. Mit beiden Händen stützt er auf seiner rechten Schulter eine Panzerfaust vom Typ Matador, hergestellt vom deutschen Unternehmen Dynamit Nobel Defense am Rande einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen. Das Rohr der Waffe, größer als sein Kopf, zeigt direkt in die Kamera. Der Mann ruft auf Hebräisch: „Auf geht’s, lasst das Chaos beginnen!“

Dann ein Schnitt im Video. Der IDF-Soldat steht nun am Rand eines Balkons, die Panzerfaust liegt weiterhin auf seiner Schulter. Die Person hinter der Kamera zählt herunter, bei „eins“ feuert der Soldat. Kurz darauf zeigt das Video eine Rauchschwade aus einem Gebäude in der Nähe, das getroffen wurde. Die Kamera schwenkt zurück zum Soldaten, der die Panzerfaust triumphierend nach oben hält. Mitten im Video erscheint in gelben Buchstaben der Schriftzug „Letzte Rakete vor der Abreise“.

Das Video, das der IDF-Soldat auf seinem öffentlichen TikTok-Profil hochgeladen hat, wurde von über 9000 Accounts mit einem Like markiert und ist eines von Tausenden seiner Art. Israelische Soldaten teilen Aufnahmen aus Gaza in den sozialen Medien und brüsten sich damit sogar in ihren Online-Dating-Profilen. Videos zeigen, wie sie sich in der Unterwäsche vertriebener palästinensischer Frauen verkleiden, rassistische Parolen an Wände schmieren oder anscheinend wahllos in die Gegend schießen. Diese Aufnahmen dokumentieren Handlungen, die keine erkennbare militärische Notwendigkeit haben – und insofern das humanitäre Völkerrecht verletzen.

## Menschenrechtsbrüchen digital auf der Spur

Kanäle in den sozialen Medien, die Aufnahmen aus Gaza posten, sind zu einer zentralen Quelle für Beweismaterial geworden – nicht zuletzt, weil Israel internationalen Ermittlern der UN und von Menschenrechtsorganisationen weiterhin den Zugang verwehrt. Auch palästinensische Journalistinnen und Journalisten sowie die lokale Zivilbevölkerung teilen regelmäßig Bilder aus einer Region, die Israel

### *Zwischen 2019 und 2023 machten deutsche Waffen etwa ein Drittel der israelischen Rüstungsimporte aus*

in den vergangenen zwei Jahren nahezu vollständig zerstört hat.

Das Phänomen, Verbrechen filmisch festzuhalten und online zu verbreiten, ist nicht neu und findet sich auch in anderen Konflikten, etwa in Syrien. Digitale Ermittlungen, auch Open Source Intelligence (OSINT) Investigations genannt, werden daher seit über einem Jahrzehnt eingesetzt, um Menschenrechtsverletzungen weltweit aufzuklären. Menschenrechtsorganisationen und Medienhäuser beschäftigen spezialisierte Teams, die sich der Analyse und Verifizierung von Bildern, Videos und Satellitenaufnahmen sowie von Datenbanken und Dokumenten widmen.

In manchen Fällen kommen forensische Methoden zum Einsatz, um Waffen zu identifizieren. So lässt sich beispielsweise durch eine Soundanalyse der zeitliche Abstand zwischen Schüssen ermitteln – ein Verfahren, mit dem sogar der Typ einer auf dem Video nur hörbaren Schusswaffe bestimmt werden kann. Diese Technik ermöglicht es auch, den Abstand eines Schützen zum Ziel zu ermitteln.

So konnte die Forschungsgruppe Forensic Architecture in Zusammenarbeit mit Earshot, einer Organisation für Audio-Recherche, die Tötung der sechsjährigen Palästinenserin Hind Rajab rekonstruieren. Am 29. Januar 2024 feuerten israelische Soldaten mit einem Merkava Panzer 335 Schüsse auf den Kleinwagen von Hinds Familie ab. Dabei töteten sie Hind, sechs ihrer Familienangehörigen sowie zwei zur Rettung angerückte Sanitäter.

Die Getriebe für dieses Panzer-Modell werden in Deutschland von der Firma Renk hergestellt. Seit 2023 exportiert das bayerische Unternehmen

Hunderte dieser Getriebe nach Israel. Der Aktienwert von Renk hat sich seit dem Börsengang im Februar 2024 verdreifacht.

Deutsche Firmen profitieren von den 15 Kriegen, die Israel in den vergangenen 77 Jahren in Gaza geführt hat. Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) ist Deutschland seit 2003 nach den USA regelmäßig der zweitgrößte Waffenexporteur nach Israel. Zwischen 2019 und 2023 machten deutsche Waffen etwa ein Drittel der israelischen Rüstungsimporte aus.

Nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023, bei dem ca. 1200 Menschen getötet und 251 als Geiseln verschleppt wurden, stiegen die Genehmigungen nochmal in die Höhe: Deutschland bewilligte seitdem Rüstungsexporte nach Israel im Wert von über 485 Millionen Euro. Und das, obwohl bereits kurz nach Beginn der israelischen Großinvasion in Gaza Berichte über zahlreiche Kriegsverbrechen veröffentlicht wurden, obwohl der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) im November 2024 Haftbefehle gegen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant erließ, und obwohl führende palästinensische, israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen – darunter das Al Mezan Center for Human Rights, B'tselem, Amnesty International, Human Rights Watch und Ärzte ohne Grenzen – sowie zahlreiche UN-Experten und Genozidforscher zu dem Schluss gelangt sind, dass Israel in Gaza einen Völkermord begeht.

Laut UN-Angaben wurden bis Ende September 2025 mehr als 66 000 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet und über 167 000 verletzt; vermutlich liegen die Todeszahlen bis zu 40 Prozent höher. Das israelische Militär hat mehr als 92 Prozent der Wohneinheiten in Gaza zerstört und über 98,5 Prozent der Agrarflächen unbrauchbar gemacht. Immer wieder blockiert die Netanjahu-Regierung dringend benötigte humanitäre Hilfe und hat so eine tödliche Hungersnot herbeigeführt.

All dies legt nahe, dass deutsche Rüstungsexporte nach Israel rechtswidrig sind. Bereits im Februar 2024 warnten mehr als 40 UN-Menschenrechtsexperten vor weiteren Waffenlieferungen. Mehrere

Länder – darunter Spanien, Italien, Belgien und Slowenien – haben ihre Rüstungsexporte nach Israel eingestellt.

Um die Exporte deutscher Rüstungsgüter nach Israel zu verhindern, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen genutzt werden, sind in den vergangenen zwei Jahren Staaten und Menschenrechtsorganisationen vor Gericht gezogen. So reichte die Regierung Nicaraguas im Frühjahr 2024 beim Internationalen Gerichtshof (IGH) Klage gegen Deutschland ein. Der Vorwurf: Deutschland habe mit seiner Rüstungsexportpraxis seine Pflicht zur Verhinderung von Völkermord gebrochen. Das Verfahren läuft noch; ein Urteil ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, da Berlin bis Juli 2026 Zeit hat, eine Gegendarstellung einzureichen. Im August 2025 kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz überraschend an, vorerst keine Ausfuhren von Rüstungsgütern mehr zu genehmigen, die in Gaza eingesetzt werden könnten. Bereits erteilte Genehmigungen bleiben davon allerdings unberührt.

In dem von Nicaragua angestregten Verfahren vor dem IGH legte das Land auch digitale Beweise vor. Wie offen Gerichte für diese Art der Beweisführung sind, ist stark einzelfallabhängig. Während der Internationale Strafgerichtshof bereits seit Jahren damit arbeitet, ist dies für nationale Gerichte häufig noch Neuland. Die britische NGO Global Legal Action Network und das internationale Recherchekollektiv Bellingcat gründeten deshalb die „Justice and Accountability Unit“, um den Einsatz digitaler Ermittlungen in Verfahren zu Völkerrechtsverbrechen zu erproben. So nutzten sie etwa digitale Beweise in einem Verfahren gegen britische Waffenlieferungen nach Israel – bislang allerdings ohne Erfolg. In den Niederlanden stoppte ein Gericht Anfang 2024 nach einer Klage von Oxfam zunächst Rüstungsexporte nach Israel, doch der Oberste Gerichtshof hob diese Entscheidung später wieder auf.

### An völkerrechtliche Schutzpflichten gebunden

In Deutschland dauern die Verfahren noch an. Hier klagen das European Center for Constitutio-



*Israelische Streitkräfte nach einem Bodeneinsatz im Gazastreifen im Februar 2024. Zum Einsatz kommen auch Rüstungsgüter, vor allem Getriebe für Panzer, die deutsche Firmen nach Israel exportiert haben.*

nal and Human Rights (ECCHR), drei palästinensische Menschenrechtsorganisationen sowie Palästinenser aus Gaza. Vor Gericht muss nachgewiesen werden, dass die Genehmigung von Rüstungsexporten aufgrund vorliegender Versagungsgründe rechtswidrig war. So dürfen Waffenexporte in Kriegsgebiete nicht gebilligt werden, wenn davon auszugehen ist, dass die Genehmigungserteilung völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen würde. Maßgeblich sind dabei insbesondere der Vertrag über den Waffenhandel (ATT) sowie der im Jahr 2008 vom Rat der EU verabschiedete Gemeinsame Standpunkt für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern.

Nach dem ATT müssen Rüstungsexporte untersagt werden, wenn den Entscheidungsträgern bekannt ist, dass diese für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen eingesetzt werden würden. Ähnlich regelt es der

Gemeinsame Standpunkt der EU. Demnach sind Genehmigungen abzulehnen, wenn ein überwiegendes Risiko besteht, dass die Militärgüter im Empfängerland für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verwendet werden. Die Bundesregierung ist außerdem an völkerrechtliche Schutzpflichten gebunden, etwa aus den Genfer Konventionen und der Völkermordkonvention. Das bedeutet, dass sie nicht nur keine Beihilfe zu von Drittstaaten begangenen Kriegsverbrechen oder Völkermord leisten darf, sondern diese sogar aktiv verhindern muss.

Relevant ist auch das im Juli 2024 veröffentlichte Gutachten des IGH, in dem die Richter feststellen, dass die seit 20 Jahren andauernde Besetzung und Unterdrückung Gazas, des Westjordanlands und Ostjerusalems durch Israel gegen das Verbot von Rassentrennung und Apartheid verstoßen. Drittstaaten dürfen Israel demnach explizit keine Unterstützung zur Aufrechterhaltung dieser Praxis leisten. Dennoch haben deutsche Verwaltungsgerichte Rüstungsexporte bislang nicht gestoppt.

Das deutsche System der Rüstungsexporte ist von Intransparenz geprägt: Bis die Öffentlichkeit von ihnen erfährt, ist es meist schon zu spät. Auch der Bundestag bleibt größtenteils im Dunkeln, denn die Bundesregierung verfügt bei ihren Entscheidungen über einen großen politischen Spielraum.

Doch es gibt auch für diesen Spielraum rechtliche Grenzen; nämlich dann, wenn vor Gericht nachgewiesen werden kann, dass die Bundesregierung von der voraussichtlich völkerrechtswidrigen Verwendung der gelieferten Waffen wusste. Digitale Beweise spielen dabei eine zentrale Rolle: Bilder und Videos von Panzerfäusten und Merkava Panzern können belegen, wie deutsche Waffen in der Vergangenheit für Verletzungen des Völkerrechts eingesetzt wurden. Eine auf diese Art dokumentierte Vorgeschichte wiederholter Verstöße der israelischen Streitkräfte legt nahe, dass bereits gelieferte Waffen auch künftig für Verbrechen eingesetzt werden – und Genehmigungen somit rechtswidrig erteilt wurden.

Während die israelische Regierung das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung ungebremst

*Das deutsche System der Rüstungsexporte ist intransparent: Bis die Öffentlichkeit von ihnen erfährt, ist es meist schon zu spät*

vorantreibt, sammeln Menschenrechtsorganisationen weiter digitale Beweise, seien es TikTok-Videos von IDF-Soldaten oder Aufnahmen von palästinensischen Zivilisten. Amnesty International spricht in diesem Zusammenhang von einem „live übertragenen Völkermord“.

Angesichts der verheerenden Folgen, die exportierte Waffen in den falschen Händen für die Zivilbevölkerung haben, werden NGOs weiterhin klagen und dabei auch digitale Beweise nutzen. Für einen umfassenden Wandel braucht es jedoch europarechtliche Regelungen: ein transparentes System für Rüstungsexporte, das wirtschaftliche und politische Interessen nicht länger über die Menschenrechte stellt.



**Alina Pucko**

widmet ihr Kolleg-Jahr digitalen Menschenrechtsermittlungen. Sie interessiert sich für den Einsatz von Open Source Intelligence (OSINT) Investigations in der strategischen Prozessführung und für die Nutzung so erlangter Beweise.